

Rede von Ministerpräsidentin Manuela Schwesig zu

TOP 31 Antrag aller Länder auf Entscheidung des Bundesrates über die Einleitung eines Verfahrens zum Ausschluss der „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands“ (NPD) gemäß Art 21 Abs. 3 GG in Verbindung mit §§ 13 Nr. 2a, 43 ff. BVerfGG von der staatlichen Parteienfinanzierung (Drs.30/18)TOP 31

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch ich möchte deutlich machen, dass es ein starkes Signal ist, dass heute alle 16 Bundesländer diesen Antrag auf Entscheidung über die Einleitung eines Verfahrens zum Ausschluss der NPD von der staatlichen Parteienfinanzierung gemeinsam einbringen.

Es waren die Länder, die den Mut hatten, das NPD-Verbotsverfahren anzustreben. Das war aus Sicht von Mecklenburg-Vorpommern der richtige und entscheidende Weg. Insbesondere mein Innenminister, Lorenz Caffier, hat dieses NPD-Verbotsverfahren von Anfang an gefordert und unterstützt und dafür Beweise geliefert.

Gerade in unserem Bundesland ist die NPD sehr umtriebig, auch wenn wir den Eindruck haben, dass es um sie gerade ruhig geworden ist, weil sie nicht mehr im Landtag vertreten ist. Aber wir haben eine NPD erlebt, die versucht, sich in der Zivilgesellschaft breitzumachen, die versucht, sich in unseren Dörfern und Städten Raum zu erkämpfen, und die gleichzeitig das Parlament – zehn Jahre Landtag – genutzt hat, um ihre feindliche Ausrichtung gegen unsere demokratische Grundordnung deutlich zu machen, dafür zu werben und sie zu verfestigen.

Mir ist es immer schwergefallen, den Bürgerinnen und Bürgern zu erklären, warum eine solche Partei, die ganz klar und offen zeigt, dass sie die demokratische freiheitliche Grundordnung ablehnt, zum einen erlaubt ist, aber dann auch noch von Steuergeldern finanziert wird. Ich hatte darauf nie eine gute Antwort – weil es darauf keine gute Antwort gibt.

Wir haben lange darüber diskutiert – Frau Kramp-Karrenbauer hat es angesprochen –, ob nicht gerade eine freiheitliche Demokratie mit der Geschichte unseres Landes so etwas eigentlich aushalten müsse. Klar ist, dass ein Verbot der NPD oder die Entziehung der staatlichen Finanzierung an dem Gedankengut von Rechtsradikalismus, Rechtsextremismus, das in den Köpfen vertreten ist, nichts ändert. Aber ich glaube, dass es wichtig ist, dass gerade eine freiheitliche Demokratie auch zeigt, wo Grenzen sind.

Es ist gut, dass es in unserem Land eine Vielfalt von Parteien gibt, die die Vielfalt der Meinungen der Bürgerinnen und Bürger widerspiegelt. Es ist gut, dass wir uns oft über den richtigen Weg streiten, gelegentlich auch fetzen. Das tut einer lebendigen Demokratie gut. Aber die Grenze ist dort erreicht, wo die Demokratie selbst in Frage gestellt wird.

Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Urteil ausdrücklich festgestellt:

Die Nationaldemokratische Partei Deutschlands vertritt ein auf die Beseitigung der bestehenden freiheitlichen demokratischen Grundordnung gerichtetes politisches Konzept. Sie will die bestehende Verfassungsordnung durch einen an der ethnisch definierten „Volksgemeinschaft“ ausgerichteten autoritären Nationalstaat ersetzen. Ihr politisches Konzept missachtet die Menschenwürde und ist mit dem Demokratieprinzip unvereinbar.

Das hat das Bundesverfassungsgericht festgestellt. Dann ist, glaube ich, eines ganz klar: Einer Partei mit diesen Zielen kann man nicht noch Steuergelder der Bürgerinnen und

Bürger zur Verfügung stellen. Das sind wir den Bürgerinnen und Bürgern im Land schuldig, insbesondere denen, die jeden Tag ihren persönlichen Einsatz, ihren Mut und ihre Zivilcourage ganz konkret vor Ort, in den Dörfern und den Städten, solchem Gedankengut entgegenhalten.

Mich hat sehr berührt, dass mich in meiner Heimatstadt Schwerin, als die NPD dort eine Demonstration gemacht hat, eine ältere Frau ansprach und mir sagte: Frau Schwesig, ich verstehe gar nicht, dass das heute noch geht. Das sind Töne, Momente, die mich an Kriegszeiten erinnern.

Ich sehe die Verantwortung gerade der Generation, die das nicht erleben musste – zum Glück –, dafür zu sorgen, dass wir das so weit wie möglich einschränken. Dazu gehört, dass wir zwar kein Verbot erreicht haben, dieser verfassungs- und demokratiefeindlichen Partei aber zumindest die finanzielle Grundlage entziehen.

In diesem Sinne vielen Dank allen Ländern, dass wir das jetzt gemeinsam so tragen! Ich hoffe, dass wir damit im Sinne unserer demokratischen freiheitlichen Grundordnung Erfolg haben. Über deren Schwächen und Stärken kann man jeden Tag streiten. Aber ich glaube, alle sind sich einig, dass sie immer noch die beste ist, die es auf der Welt gibt. Deswegen stehen wir in der Pflicht, sie zu verteidigen. – Vielen Dank.